

Andreas Marquet

Friedrich Wilhelm Wagner
1894–1971

Eine politische Biografie



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4231-2
ISSN 0941-7621

© 2015 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Reihengestaltung: Just in Print, Bonn · Kempken DTP-Service, Marburg
Umschlagfoto: StALu, N 25, Nr. 258; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg
Druck und Verarbeitung: digimediprint GmbH, Köln

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2015

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
I Einleitung	9
1 Biografiewürdigkeit und Erkenntnismöglichkeiten	9
2 Methodisches Vorgehen und Quellenlage	14
II Kindheit und Jugend im Kaiserreich	23
1 Ein sozialdemokratisches Elternhaus	23
2 Jahre der Orientierung	29
3 Vom Schriftsteller zum Juristen	36
III Wagner in Weimar	45
1 Revolution und Besatzung, Konsolidierung und Generationenwechsel	45
2 Politik im Zeichen der Krise(n)	51
3 Schwarz-rot-goldener Republikerschutz	66
4 »in einem latenten Bürgerkrieg«	84
5 Wagner, (Pfalz), M. d. R.	105
6 Der Kampf um die Republik	113
7 Vom Verteidiger zum Ankläger – zum Flüchtling	138
IV Exil in Frankreich	155
1 Art und Umfang der Emigration	155
2 »Im Namen des Rechtes aber ... erhebe ich feierlichen Protest«: die deutsche Abwicklung eines unliebsamen Gegners und dessen Zuflucht in Straßburg	159
3 Widerstand aus dem Exil	170
4 Organisation innerhalb und außerhalb der Partei	177
5 Von Konferenz zu Konferenz	190
6 Das Ringen um Emigrantenrechte und eine Volksfront	200
7 Paris: Zentrum der Emigration, Zentrum der Konflikte	216
8 Mit dem Rücken nach Deutschland: Die zweite Flucht	241
V Exil in den USA	257
1 Ankunft in der »Neuen Welt«	257
2 Loslösung aus der Isolation: Die Free Germans	272
3 Der »inner circle« in Sichtweite	280
4 Post-war-Germany	293

VI Die Nachkriegszeit	305
1 (Politischer) Wiederaufbau – von außen betrachtet	305
2 Die Errichtung eines Rechtsstaates	316
3 Parlamentarischer Rat	337
4 Juristische Aufarbeitung der NS-Zeit	362
5 Politik in Stadt und Bund	374
6 Die Debatte um die Wiedereinführung der Todesstrafe	381
7 Standort(e) in Bonn und der Pfalz	389
8 Die hinterste Reihe der Opposition	402
9 Vom vermeintlichen »Super-OB« zum Verfassungsgerichtspräsidenten	413
10 Bundesverfassungsgericht	429
VII Epilog	437
1 Über den Lebensabend (hinaus)	437
2 Friedrich Wilhelm Wagner als Person der Zeitgeschichte – abschließende Bemerkungen	439
Anhang	
Tabellarischer Lebenslauf Friedrich Wilhelm Wagner	446
Abkürzungsverzeichnis	448
Abbildungsverzeichnis (Rechte, Copyright)	450
Quellen- und Literaturverzeichnis	451
1 Archivalische Quellen	451
1 Zeitungen und Zeitschriften	454
2 Gedruckte Quellen und Literaturverzeichnis	455
Personenregister	475
Über den Autor	485

IV Exil in Frankreich

1 Art und Umfang der Emigration

Auf die Jahre zwischen 1933 und 1947 rekurrierend, bezeichnete sich Friedrich Wilhelm Wagner als Flüchtling oder Emigranten und fügte wahlweise das Adjektiv »politischer« hinzu.¹ Dieses Beispiel offenbart zweierlei: Zum einen scheint Wagner die Begriffe Emigrant und Flüchtling synonym verwendet zu haben, zum anderen hielt er es für geboten, das Motiv seiner Flucht aus Deutschland zu akzentuieren.

Die Debatte über Ursachen und Wesen der Emigration wurde bereits von den Betroffenen selbst geführt, wie etwa die Unterscheidung in »Massenemigration« und »Führer«-Emigration² durch den emigrierten Historiker Arthur Rosenberg offenbart. Eine gebräuchliche Vorgehensweise ist dabei die Kategorisierung der Emigranten entlang ihrer (Haupt-)Beweggründe, die zur Bildung von Großgruppen wie künstlerischen, jüdischen, wissenschaftlichen oder politischen Emigranten führt. Freilich kann eine solch grobe Unterscheidung nur als Annäherung dienen und bedarf im Einzelfall – für den Rosenberg³ paradigmatisch stehen kann – der näheren Betrachtung. Auch die Begrifflichkeiten Emigranten/Exilanten/(Hitler-)Flüchtlinge wurden mitunter mit spezifischer Konnotation gebraucht. Auf eine Unterscheidung dieser Begriffe wird in dieser Arbeit verzichtet, da keiner der Ausdrücke, trotz der unterbreiteten Vorschläge, bislang auf breiter Basis anerkannt für sich in Anspruch nehmen kann, den vorliegenden Gegenstand in besonders geeigneter Weise zu bezeichnen und gegenüber dem jeweils anderen eine exaktere Definition zu bieten.⁴ Der Begriff Flüchtling wird analog zu Emigrant/Exilant entweder allgemein gebraucht, oder aber er steht, nach adjektivischer Kennzeichnung, synonym für den politischen Emigranten/Exilanten.

Wagner war der politischen Emigration zuzuordnen. Wegen seiner Funktionen und Aufgaben im Zusammenhang von Flüchtlingskomitees erscheint es geboten, einige Erläuterungen zu Wesen und Umfang der Emigration voranzustellen. Der im Pariser Exil 1939 verstorbene SPD-Vorsitzende Otto Wels hat die Haltung der politischen Emigranten mit dem viel zitierten Wort zum Ausdruck gebracht, er lebe »mit

1 Vgl. die von Wagner selbst verfassten Lebensläufe in: StALu, N 25, Nr. 17, 42, 51.

2 Vgl. Pariser Tageszeitung, 3. Jg., Nr. 869 vom 17.12.1938, Massenemigration und Führer-Emigration.

3 Vgl. Röder und Strauss (1999a), S. 612 sowie Weber und Herbst (2008), S. 743 f.

4 Langkau-Alex (2004a), S. 40 f., weist auf die unterschiedliche Konnotation der Begriffe hinsichtlich der jeweiligen Aufnahmeländer am Beispiel der Definition bei Röder (1968), S. 14, hin. Vgl. ferner Langkau-Alex (1998), S. 1196. Vgl. auch die ausführliche Besprechung der Begriffe bei Müssener (1971), S. 71-106 sowie den Theoretisierungsversuch von Stammen (1987).

dem Gesicht nach Deutschland«⁵. Das Leben in einem Asylland war ganz darauf ausgerichtet, den NS-Staat mit den gebotenen Mitteln zu bekämpfen, der Welt zu demonstrieren, dass Hitler nicht für alle Deutschen stehe und Pläne für ein neues Deutschland zu entwickeln. Insofern ist die politische Emigration dem Widerstand gegen das NS-Regime zuzurechnen.⁶ Das Interesse am Aufnahmeland war in dieser Hinsicht funktional geleitet. Die unterschätzte Standfestigkeit des NS-Regimes und die damit verbundene Dauer der Emigration führten jedoch bei vielen Flüchtlingen zu einer sukzessiven Abkehr von Deutschland. In Anlehnung an Wels könnte man sagen, sie wendeten Deutschland allmählich nicht mehr ihr Antlitz, sondern ihren Hinterkopf zu. Für die weitere Beteiligung an Emigrantenorganisationen bedeutete dies gewissermaßen einen »Ausleseprozess«⁷, der ein hohes Maß an Standfestigkeit erforderte. Im Unterschied hierzu begriffen jüdische Emigranten ihre Flucht oftmals als endgültige Abkehr von Deutschland und wiesen eine entsprechend höhere Integrationsbereitschaft in ihrer neuen Heimat auf.⁸

Auch hinsichtlich des Zeitpunkts der Emigration unterschieden sich die verschiedenen Betroffenengruppen. Sofern politische Gegner diese ersten Wochen des Terrors und der Verfolgung in Deutschland unbeschadet überstanden hatten, lag deren Integration in die »Volksgemeinschaft« durchaus im Interesse der NS-Führung, die, zu Recht, davon ausging, dass politische Emigranten vom Ausland aus gegen das System arbeiten würden. Daher wurde der Kampf gegen die politische Emigration bereits 1933 dem Portfolio der Gestapo zugeordnet.⁹ Dennoch setzte recht bald eine zweite Emigrationswelle ein, die mit dem Parteienverbot beziehungsweise deren Selbstaufösungen zusammenhing. Gerade Sozialdemokraten begriffen zunehmend, wie wenig die neuerliche Unterdrückung und Verfolgung mit der Situation unter den Sozialistengesetzen vergleichbar war. Aufgrund dieser sich abzeichnenden Lage war die zweite Emigrationswelle gegenüber der ersten organisierter und auf die Rettung nicht nur Einzelner, sondern auf die der Partei in toto bedacht.¹⁰ Schließlich entzog sich in den Folgejahren der Friedenszeit eine größere Anzahl Gefährdeter, die an Widerstandsaktivitäten beteiligt waren, der Verbannung in Konzentrationslager.¹¹ Die großen Phasen der jüdischen Emigration wurden von Eskalationsschritten des NS-Staates, also ersten Diskriminierungen Anfang April und insbesondere dem Pogrom vom 9. November 1938, beeinflusst.¹²

5 Matthias (1968).

6 Vgl. Möller (2000), S. 48 f. sowie Steinbach (1990).

7 Röder (1998), S. 25.

8 Vgl. Röder und Strauss (1999b), S. XXXI f. sowie zum Akkulturationsbegriff Hoffmann (1998).

9 Vgl. Paul (1998), S. 48.

10 Vgl. Röder (1998), S. 18, Mehringer (1998), 477 sowie zur speziellen Haltung der KPD Mallmann (1998), S. 493 ff.

11 Vgl. Röder (1998), S. 19.

12 Vgl. Benz (1998), S. 5 f. sowie Bauer (2008), S. 298, 332.

Die Quantifizierung der Emigration kann nur Versuch und grobe Orientierung bleiben, die zudem den sicher nicht geringen Anteil der Emigranten ohne Aufenthaltsgenehmigung sowie derjenigen aus während des Zweiten Weltkrieges von Deutschland besetzten Ländern unberücksichtigt lässt. Bereits im Laufe des Jahres 1933 hatten, verschiedenen Schätzungen zufolge, zwischen 59.000 und 65.000 Menschen Deutschland verlassen.¹³ Bis Juni 1935 stieg diese Zahl auf rund 80.000 an¹⁴, zu denen noch 4.000 Saaremigranten gerechnet werden müssen¹⁵, bis Ende 1937 waren es schon 154.000 Menschen.¹⁶ Die deutschen Annexionen und innenpolitische Verschärfung der antisemitischen Gesetzgebung führten bis Kriegsbeginn zu einem weiteren Anstieg der Emigration, deren Quantifizierungsversuche erheblich differieren. So dürfte die Zahl der Hitler-Flüchtlinge unmittelbar nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges über der Marke von 300.000 gelegen haben.¹⁷ Auch die letztendliche Bezifferung der gesamten Emigration weist beträchtliche Schwankungen auf und wird mit etwa 390.000 Menschen veranschlagt.¹⁸ Die politische Emigration weist einen Anteil von 8 bis 10 % auf, der sich in 5.000 bis 6.000 Sozialdemokraten, 6.000 bis 8.000 Kommunisten, 2.000 Pazifisten und Demokraten, 1.000 Katholiken und 2.000 weitere NS-Gegner aufschlüsseln lässt, was einer Summe von 16.000 bis 19.000 Personen entspricht.¹⁹ Diese Zahlen stammen aus dem Jahr 1935 und weisen damit einen erheblichen Anstieg gegenüber Ende 1933 aus, als die politische Emigration noch etwa 3.500 Menschen umfasste. Hierin spiegeln sich die Folgen der Saar-Abstimmung vom Januar 1935 wider, aber wohl auch die von Nationalsozialisten zunehmend erfolgreiche Bekämpfung des innerdeutschen Widerstandes.²⁰

Die räumliche Verteilung der Emigration war von mehreren Faktoren beeinflusst. Die gemeinsamen Grenzen Frankreichs und der Tschechoslowakei mit Deutschland erleichterten die Kommunikation mit innerdeutschen Widerstandszirkeln, den Schmuggel von Flugblättern und Ähnlichem und ließen daher diese Länder zu den bevorzugten Zufluchtsländern der politischen Emigration werden.²¹ Entlang der Grenzen richteten SPD, KPD und kleinere linke Gruppierungen Grenzsekretariate ein, um Verbindungskanäle zu etablieren und den Widerstand von außen anzuleiten.

13 Vgl. Langkau-Alex (2004a), S. 52 sowie Grossmann (1969), S. 151.

14 Vgl. Grossmann (1969), S. 151.

15 Vgl. Schneider (1977), S. 500 sowie abweichend Mühlen (1979) (S. 246), der unter Einschluss aller emigrierten Familienangehörigen auf 8.000 Saarflüchtlinge kommt.

16 Vgl. Grossmann (1969), S. 151.

17 Vgl. Röder (1968), S. 16 f.

18 Vgl. ebd., S. 17 f. Ergänzend zu dieser Schätzung, der ein Überblick über verschiedene Daten vorangeht, vgl. Möller (2000), S. 48 f.

19 Vgl. Röder (1968), S. 17.

20 Vgl. Röder (1998), S. 21.

21 Zu den Parteien und Gruppierungen der politischen Emigration geben die Einträge im Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945 einen ersten Überblick: Mehringer (1998), Mallmann (1998), Foitzik (1998).

Der Parteivorstand der SPD im Exil, Sopade, richtete sich im April/Mai 1933 in Prag ein, wo sich, vor ihrem Umzug nach Paris, auch das Politbüro der KPD und die Auslandsleitungen von SAP, Trozisten und der Gruppe Neu Beginnen befanden. Von den tschechoslowakischen Schwesterparteien versprachen sich die deutschen Exilanten Hilfe und sahen überdies die Verbindung zum deutschen Sprach- und Kulturraum als förderlich für ihre Arbeit an. Die Annexionen des NS-Staates führten ab 1938 zu einer Fluchtwelle, die sich auch organisatorisch mit der Verlegung der Parteizentralen nach Paris niederschlug.²² Der Stellenwert Großbritanniens und hier insbesondere Londons, der USA, Schwedens und einiger lateinamerikanischer Länder als Aufnahmeländer und Exilzentren wuchs mit dem deutschen Einmarsch in Frankreich im Frühjahr 1940 und der geografischen Expansion des Zweiten Weltkrieges dramatisch an, während die Sowjetunion faktisch nur von Kommunisten als Zufluchtsziel gewählt wurde.²³

Der Trend zur Weiterwanderung nach Übersee, insbesondere bei jüdischen Emigranten, ließ sich auch in Frankreich beobachten.²⁴ In der Friedenszeit flohen 100.000 Personen in das Land, jedoch war der Anteil der dauerhaft in Frankreich Lebenden wesentlich geringer.²⁵ Verschiedenen Schätzungen zufolge dürfte die Zahl der Emigranten in Frankreich zwischen 20.000 und 35.000 gelegen haben, was bei einem Referenzwert von 2,2 Millionen registrierten Ausländern 1936 einem Anteil zwischen 0,9 % und 1,6 % entspricht.²⁶ Die politische Emigration in Frankreich zählte zwischen 7.400 und 9.500 NS-Gegner des gesamten politischen Spektrums, weshalb Langkau-Alex, bezugnehmend auf eine von Heinrich Mann geäußerte Schätzung von insgesamt 35.000 Emigranten, einen Anteil 20,5 % bis 27,6 % annimmt.²⁷ Von den 1936/37 von der französischen Regierung als deutsche Flüchtlinge Anerkannten, gaben 29 % an, aus politischen Motiven emigriert zu sein.²⁸ Der Abschlussbericht des für die Anerkennung als deutscher Flüchtling zuständigen Comité Consultatif weist bei für den Zeitraum vom 3. August 1936 bis zum 1. April 1938 6.280 gestellten Anträgen, die in beinahe allen Fällen von Deutschen oder Staatenlosen – worunter zum absolut überwiegenden Teil vom NS-Staat Ausgebürgerte fallen dürften – gestellt wurden, lediglich einen Anteil politischer Emigranten von 16 % aus. Die Diffe-

22 Vgl. Langkau-Alex (2004a), S. 67.

23 Vgl. Steinbach (1990), S. 591 sowie Schafranek (1998), S. 384 ff.

24 Vgl. Grossmann (1969), S. 151 sowie Röder und Strauss (1999b), S. XXVII-XXXII.

25 Fabian und Coulmas (1978), S. 12, gehen sogar von insgesamt 165.000 Menschen aus, die zumindest zeitweise in Frankreich gelebt haben, bestätigen aber ungeachtet dieser abweichenden Zahlen den hohen Anteil der Weiterwandernden.

26 Vormeier (1998), S. 213, 216, gibt als niedrigsten Wert jedoch 17.000 an, was deutlich unter anderen Schätzungen liegt. Vgl. Langkau-Alex (2004a), S. 52 ff.

27 Vgl. Langkau-Alex (2004a), S. 58.

28 Vgl. Vormeier (1998), S. 221. Die folgenden Ausführungen beziehen sich, wie bei Vormeier, auf einen Bericht des Comité Consultatif. (Vgl. ANP, F 7, 16073, Rapport sur l'activité du comité consultatif pour les réfugiés d'Allemagne, Juni 1938).

renz deutet daraufhin, dass die vom Comité Consultatif bearbeiteten Fälle keine die Gesamtemigration repräsentierende Auswahl darstellen, da die politische Emigration demzufolge in absoluten Zahlen nur rund 1.000 Personen umfasst hätte.²⁹ Die Zahl der sozialdemokratischen Exilanten stieg vom Sommer 1933 bis 1935/36 von 700 bis 1.000 auf rund 3.000, wovon ein Großteil in Paris lebte.³⁰ Hinzu kamen, ebenfalls 1935/36, zwischen 3.000 und 5.500 Kommunisten, 300 Angehöriger kleiner linker Gruppierungen, 500 Oppositionelle aus dem demokratischen oder pazifistischen Spektrum sowie 250 Katholiken.³¹ Die Alters- und Sozialstruktur der politischen Emigration in Frankreich lässt sich – auch hier besteht das Problem nur eingeschränkt aussagekräftiger Statistiken – als jung, männlich und mit einem hohen Arbeiteranteil zusammenfassen.³²

2 »Im Namen des Rechtes aber ... erhebe ich feierlichen Protest«: die deutsche Abwicklung eines unliebsamen Gegners und dessen Zuflucht in Straßburg

Da Wagner seine politischen Funktionen und Mandate streng legalistisch verstand und entsprechend ausführte, bedeutete die überstürzte Flucht nach Frankreich nicht nur den Beginn einer Zeit des Überdauerns und Bekämpfens des Nationalsozialismus. Vielmehr musste auch er die neuen Formen der politischen Aktivität als Exilant erlernen und sich den neuen Gegebenheiten anpassen. Straßburg als neuer Aufenthaltsort muss sich für ihn geradezu angeboten haben, da die relative räumliche Nähe zur Pfalz wie die Grenznähe überhaupt zumindest für eine gewisse Zeit noch den direkten Kontakt mit Pfälzer Genossen ermöglichte.

Das von der Weltwirtschaftskrise geplagte Frankreich zeigte sich in den ersten Monaten der Flucht vor Hitler im Zeichen seiner großen Asyltradition und verfügte zugunsten der Schutzbedürftigen im April 1933 weitgehende Sonderbestimmungen zu deren Einreise.³³ Dies führte unweigerlich zu einer massenhaften Einreise, die Frankreich zum größten Aufnahmeland werden ließ. Allerdings waren die franzö-

29 Bei einer angenommenen Gesamtemigration von 35.000 Personen hätte die politische Emigration rund 5.500 Personen umfasst, was erheblich unter den niedrigsten Schätzwerten liegt.

30 Vgl. Mehringer (1998), S. 475 sowie Langkau-Alex (2004a), S. 55 f.

31 Politische Saar-Emigranten aus dem liberaldemokratischen und katholischen Spektrum können quantitativ nicht näher gefasst werden, müssen jedoch hinzugerechnet beziehungsweise -gedacht werden. Vgl. Langkau-Alex (2004a), S. 57.

32 Vgl. ANP, F 7, 16073, Rapport sur l'activité du comité consultatif pour les réfugiés d'Allemagne, Juni 1938 sowie AdsD, Bestand Sopade, Mappe 171, Memorandum des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz Prag, zur Frage der politischen Flüchtlinge, Ende November 1933. Vgl. ferner Vormeier (1998), S. 221, Langkau-Alex (2004a), S. 60-64 sowie Badia (1979), S. 15 f.

33 Vgl. Schramm (1977), Dok. 6, Aufnahme von Emigranten in Frankreich, S. 283 f.

sischen Behörden nicht auf eine massen- und dauerhafte Aufnahme der Flüchtlinge eingestellt und sahen sich mit entsprechenden Problemen konfrontiert.³⁴ Daher wurden die liberalen Einreisebestimmungen bereits im Oktober wieder zurückgenommen und die genaue Prüfung jedes Antrags auf Erhalt einer Aufenthaltserlaubnis veranlasst.³⁵ Als internationale Reaktion auf das Flüchtlingsproblem und die große Anzahl der von Frankreich 1933 Aufgenommenen wurde, ebenfalls im Oktober 1933, das Hochkommissariat für Flüchtlinge beim Völkerbund geschaffen, das von James MacDonald geführt wurde. Ökonomische und soziale Folgen für Aufnahmeländer sollten, in Kooperation mit Flüchtlingsorganisationen, durch eine gerechtere geografische Verteilung der Emigranten abgemildert werden.³⁶

Zur Einreise benötigten Deutsche einen gültigen Pass sowie ein von einem französischen Konsulat ausgestelltes Visum.³⁷ Bereits diese Auflagen erwiesen sich als Hürden für eine legale Einreise, zu deren illegaler Umgehung sich nicht wenige Emigranten gezwungen sahen. Auch Wagners erstes Fluchtziel Schweiz verhiess aufgrund der restriktiven Ausländerpolitik, wonach die Schweiz einzig ausgewählten politischen Flüchtlingen als »Transitland« temporäre Aufnahme gewährte, keine dauerhafte Rettung.³⁸ Auf dem französischen Konsulat in Zürich beantragte er daher ein Visum zur Einreise nach Frankreich, das ihm gewährt wurde. Innerhalb einer Frist von 20 Tagen nach der Einreise mussten sich Emigranten auf der zuständigen Polizeipräfektur melden, um eine Aufenthaltsgenehmigung, eine Carte d'Identité, oder zumindest die Bestätigung eines Antrages darauf, ein Récépissé, zu erlangen.

Wagner, der nach eigenen Angaben am 1. April nach Frankreich eingereist war, trat diesen Behördengang am 20. April in Sedan an, wo ihm der Präfekt des Departements Ardennes die Gültigkeit seines Visums bis zum 1. August verlängerte.³⁹ Käthe, deren Verhaftung die Familie befürchtete, floh bald nach Friedrich Wilhelm ebenfalls nach Zürich und wich ihrem Mann von nun an nicht mehr von der Seite.⁴⁰ Die Kinder Martha und Lilo blieben noch bis Juni in Ludwigshafen, bevor auch sie Deutschland verließen. Beide heirateten Franzosen, wurden naturalisiert und entgegen ihren Eltern in Frankreich heimisch. Als eine der Töchter im Dezember 1939 heiratete, fungierte Hans Vogel, mit dem Wagner ein freundschaftliches Verhältnis verband, als Trauzeuge.⁴¹ Diese Verbindung erwies sich auch für Käthe und Friedrich Wilhelm noch als vorteilhaft, als der französische Zusammenbruch im Sommer 1940 zu einer

34 Vgl. Vormeier (1998), S. 215 f.

35 Vgl. Schramm (1977), S. 180 f.

36 Vgl. Grossmann (1969), S. 55 f.

37 Vgl. Badia (1979), S. 70.

38 Vgl. Wichers (1998), S. 375 f.

39 Vgl. StALu, N 25, Nr. 36, Registre d'immatriculation, 6.5.1933.

40 Vgl. ebd., Nr. 51, Wagner an Regierungsbezirksamt für Wiedergutmachung und verwaltete Vermögen, 15.10.1956.

41 Vgl. AdsD, Bestand Sopade, Mappe 143, Wagner an Hans Vogel, (4.?) September 1946.

Massenflucht führte. Die 20-jährige Katharina folgte der Familie später und fungierte bis dahin als Verbindungsfrau zwischen Wagner und den deutschen Behörden. Sie meldete ihren Vater in Ludwigshafen ab, der »auf Reisen«⁴² sei, wie amtlich festgehalten wurde.

In Sedan lebte Wagners Schwägerin Didier, bei der er zunächst Unterkunft fand und deren Name und Adresse er für seine eigene Korrespondenz nutzen konnte.⁴³ Der seit Mai geltenden Beschränkung der Aufenthaltsdauer für deutsche Emigranten auf 20 Tage in den Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle, also Elsass-Lothringen, zum Trotz, ließ sich die Familie Wagner zum Juli in Straßburg-Robertsau, Rue Kempf 16, nieder.⁴⁴ Die Annahme, Wagner habe sich bis zur Saarabstimmung im Januar 1935 im Saargebiet aufgehalten, war zeitgenössisch wie in der Forschungsliteratur verbreitet, jedoch irrig.⁴⁵ Deutsche Behörden, die Wagner nach dessen Flucht zunächst in Saarbrücken wähten, korrigierten diese Vermutung im Zuge des Ausbürgerungsverfahrens und auch Wagner selbst gab keine Hinweise auf einen längeren Aufenthalt in Saarbrücken.⁴⁶ Dies schließt sicherlich vereinzelte Reisen dorthin nicht aus, doch zumindest einen dauerhaften Wohnsitz hatte er hier nicht genommen. Nachweislich der laufenden Kosten für Strom und häuslicher Instandsetzungsarbeiten lebten die Wagners vielmehr seit Juli 1933 in Straßburg.⁴⁷

Inwieweit auch Wagner der irrigen – und wohl stark aus Hoffnungen der Emigranten gespeisten – Annahme, Hitlers Kanzlerschaft werde in ebenso kurzer Zeit wie die von Schleichers oder von Papens enden, anhing, ist ebenso unklar, doch zeigt sein Verhalten nach der Flucht, dass er zumindest seine neue Existenz über das Provisorischste hinaus einrichtete, wie auch die Überwachung seines Briefverkehrs bestätigte.⁴⁸

Sofern auch Wagner der Hoffnung auf ein baldiges Ende der nationalsozialistischen Usurpation anhing, so deuten die Umzugsvorbereitungen nach Straßburg auf

42 StALu, N 25, Nr. 36, Einwohnermeldekarte.

43 Vgl. ebd., Abschrift Protokoll Befragung Polizeihauptmann Albert Buchmann, 12.6.1933 sowie ebd. Abschrift Präsident des Amtsgerichts Ludwigshafen Dexheimer an Präsidenten des Landgerichts Frankenthal Beuthner, 11.7.1933.

44 Vgl. Vormeier (1998), S. 216.

45 So etwa nachzulesen bei Schumacher (1994), der sich auf eine Gestapo-Kartei über deutsche Emigranten stützt. Auch Röder und Strauss (1999a) nehmen einen Aufenthalt im Saargebiet an, was erstaunt, da Röder mit der richtigen Darstellung von Wagners Aufenthalt selbst referenziert wird. Vgl. IfZ, MA 1500/61, Wagner sowie Röder (1968), S. 127, Anm. 54.

46 Spätestens seit 1936 nahmen deutsche Stellen von der Vermutung, Wagner habe sich in Saarbrücken aufgehalten, Abstand. Diese Entwicklung auf lokaler Ebene kann nachvollzogen werden in StALu, N 25, Nr. 36. Vgl. ferner die entsprechenden Einträge in den Emigrantenlisten des Reichssicherheitshauptamtes, BAB, R 58, 2297, Liste SPD-Mitglieder, ebd. 2303, Verzeichnis flüchtiger Antifaschisten, ebd. 2344, Deutsche Emigranten in Frankreich, ebd. 3340, Liste der SPD-Reichstagsabgeordneten.

47 Vgl. die entsprechenden Dokumente in StALu, N 25, Nr. 41.

48 Vgl. ebd., Nr. 36, Abschrift Protokoll Befragung Polizeihauptmann Albert Buchmann, 12.6.1933.

einen raschen Perspektivenwechsel hin. Die Bereitschaft, sich mit den neuen Gegebenheiten zu arrangieren, wurde sicherlich durch die sukzessive »Abwicklung« Wagners in Ludwigshafen befördert.

Die erste gegen ihn gerichtete Maßnahme war die Beschlagnahmung seines Vermögens, die, so Wagner, »nur aus politischer Rache«⁴⁹ vollzogen wurde. Offiziell freilich wurde somit die Zahlung der Reichsfluchtsteuer in Höhe von 10.000 RM sichergestellt.⁵⁰ Gepfändet wurde das Haus der Wagners in der Rubensstraße 25 im Ludwigshafener Stadtteil Süd, ihr »ganzes Mobiliar, die ganze Wäsche, kurzum soviel, dass nicht einmal genug Pfandbriefe vorrätig waren.«⁵¹ Nachdem Wagners Mutter Elisabeth die Reichsfluchtsteuer bezahlt hatte, und somit die Pfändung aufgehoben war, ließ Wagner seine sämtliche private bewegliche Habe wie auch, hälftig, die Einrichtung seiner Anwaltskanzlei samt Bibliothek durch eine Mannheimer Spedition nach Frankreich bringen, um sie vor einem weiteren Zugriff zu sichern. Auch in diesem Fall bediente er sich des Namens und der Anschrift seiner Schwägerin in Sedan.

Von der Auflösung des in Ludwigshafen ansässigen Pressebetriebs der SPD Gerisch & Co., der unter anderem die Pfälzische Post herausgab, war Wagner, der einzige private Gesellschafter, betroffen. Aufgrund offener Forderungen an Gerisch & Co. wurden Ende 1934 2.000 RM von Wagners Vermögen eingezogen. Einen kleinen Ausgleich dieses Verlustes erklärte sich der Prager Parteivorstand bereit zu übernehmen und stellte Wagner, der nach eigenen Angaben »in den schlechtesten wirtschaftlichen Verhältnissen«⁵² lebte, 300 RM zur Verfügung. Wels, an den in diesen Tagen zahlreiche solcher Anliegen herangetragen wurden, tat dies nicht, ohne dem Juristen sein Erstaunen über die Form der Offenen Handelsgesellschaft, um die es sich bei Gerisch & Co. handelte, mitzuteilen, die gegenüber einer GmbH aus Haftungsgründen unvorteilhaft sei.⁵³

Bereits im Juni 1933 wurde der Entzug von Wagners – auf Reichsgebiet zu diesem Zeitpunkt freilich fiktiven – Existenzgrundlage durch die Einleitung eines Verfahrens zur Rücknahme der anwaltschaftlichen Zulassung forciert. Das Prozedere war vom Kommissar des Anwaltskammervorstands für die Pfalz, Dr. Hammann, in Gang gesetzt worden, weil Wagner »sich im kommunistischen Sinne betätigt haben«⁵⁴ sollte. Der Erfolg dieses Ansinnens stand freilich zu keinem Zeitpunkt infrage, sodass Wagner bis zum 27. Juli aus den Listen zugelassener Rechtsanwälte des Landgerichts Frankenthal, des Amtsgerichts Ludwigshafen und der Kammer für Handelssachen in

49 Ebd., Nr. 51, Schreiben Wagner an das Amt für Wiedergutmachung, 16.5.1951.

50 Ebd., Nr. 36, Schreiben Regierung der Pfalz an Bürgermeisteramt Ludwigshafen, 25.3.1935.

51 Ebd., Nr. 51, Schreiben Wagner an das Amt für Wiedergutmachung, 16.5.1951.

52 AdsD, Bestand Sopade, Mappe 143, Wagner an Otto Wels, 16.1.1935.

53 Vgl. AdsD, Bestand Sopade, Mappe 143, Otto Wels an Wagner, 4.10.1934.

54 StALu, N 25, Nr. 36, Abschrift Schreiben des Präsidenten des Oberlandesgerichts Zweibrücken, Becker, an Wagner, 23.6.1933.

Ludwigshafen gelöscht wurde.⁵⁵ Neben den vorgetragenen politischen Ansichten und Betätigungen Wagners wurde ferner dessen Aufgabe des Wohnortes in Ludwigshafen zur formalen Begründung ins Feld geführt.⁵⁶ Noch am 30. März wurden daher erste Schritte in die Wege geleitet, um den seit 19 Tagen Flüchtigen – was in den Augen des Präsidenten des Frankenthaler Landgerichts bereits eine »geraume [...] Zeit«⁵⁷ war – formaljuristisch ausschließen zu können. Doch die Unterstellung, ausgerechnet »im kommunistischen Sinne« gewirkt zu haben, provozierte Widerspruch. Schon der in dieser Angelegenheit vernommene Polizeihauptmann Buchmann bemerkte, »von kommunistischen Umtrieben und einer Agitation [...] im kommunistischen Sinne ist mir nichts bekannt«, um zugleich zu Protokoll zu geben:

»Bei allen Gelegenheiten war auch Wagner gegen die nationale Bewegung tätig und hat sie in Wort und Schrift ausserordentlich stark bekämpft. Mit Hoffmann und Kleefoth [sic] hat RA. Wagner im Jahre 1923 den hochverräterischen Putsch der pfälzischen Sozialdemokratie in Scene gesetzt.«⁵⁸

Wagner, der Zwecklosigkeit eines Widerspruchs gewahr, entgegnete:

»Ich glaube dass Alle, die von Politik und ihren Begriffen auch nur eine Ahnung haben und meine Tätigkeit kennen, hell auflachen würden, wenn sie von meiner kommunistischen Tätigkeit hören könnten. [...] Nun, dass diese [Weimarer] Verfassung zerstört ist, soll man aufhören, Gewaltakte mit Mäntelchen zu umkleiden. Gegen Gewalt bin ich und meine Freunde im Augenblick machtlos – also können Sie mich ausschließen – im Namen des Rechtes aber, dessen Anwalt ich immer war und bleiben werde, erhebe ich feierlichen Protest.«⁵⁹

Diesem Entzug der Existenzgrundlage ging der Ausschluss aus dem Ludwigshafener Anwaltsverein voraus, da Wagners »politische Einstellung und Haltung sowie [...] politische Betätigung in der Vergangenheit nicht mit der in Deutschland heute herr-

55 Vgl. ebd., Mitteilungen des bayerischen Justizministeriums (19.7.1933), des Präsidenten des Landgerichts Frankenthal (26.7.1933) sowie des Präsidenten des Amtsgerichts Ludwigshafen (27.7.1933).

56 Ebd., Schreiben des Präsidenten des Amtsgerichts Ludwigshafen, Dexheimer, an den Präsidenten des Landgerichts Frankenthal Beuthner, 14.6.1933.

57 Ebd., Abschrift Schreiben Präsident des Landgerichts Frankenthal Beuthner an den Präsidenten des Amtsgerichts Ludwigshafen Dexheimer, 30.3.1933.

58 Ebd., Abschrift Protokoll Befragung Polizeihauptmann Albert Buchmann, 12.6.1933.

59 Ebd., Schreiben Wagner an den Präsidenten des Oberlandesgerichts Zweibrücken, Becker, 25.6.1933. Im Absenderfeld ist Wagners Ludwigshafener Adresse angegeben, was darauf hindeutet, dass dieses Schreiben zuerst an Katharina Wagner ging, die es dann von Ludwigshafen aus abgeschickt hat.

schenden nationalen Bewegung in Einklang zu bringen sind.«⁶⁰ Wagner, der diese Feststellung bekräftigte, verwies auf die unpolitische, einzig dem Berufsstand verpflichtete Funktion des Anwaltsvereins und setzte hinzu:

»Ich bin überzeugt, dass die Mitglieder, die immer sich um Politik gekümmert haben, wenn sie auch politisch meine größten Gegner waren, diesen Gesichtspunkt würdigen und einen Ausschluss ablehnen, der seinen Vätern sehr mutig vorkam, in Wirklichkeit aber ins Gesicht schlägt dem Gedanken, dem Anwälte dienen sollen, dem Gedanken des Rechts.«⁶¹

Den Verlust dieser Mitgliedschaft wird Wagner sicherlich angesichts der noch ausstehenden Entwicklungen alsbald verschmerzt haben, zu offensichtlich wirkt dieser Vorgang doch als persönlicher Racheakt. Adolf Beaufort, der Vorsitzende des Anwaltsvereins, ist ein alter Bekannter Wagners. Bis Wagner während des Ersten Weltkrieges nach Ableistung seines einjährigen Freiwilligendienstes die Leitung des Ludwigshafener Brennstoffamtes übernahm, waren beide gemeinsam in Metz stationiert. Noch zehn Jahre nach Wagners Ausschluss aus dem Ludwigshafener Anwaltsverein wusste Beaufort die Gelegenheit, den Prozess wegen Hochverrats gegen den Ludwigshafener Sozialdemokraten Fritz Schott zu Nachforschungen über und schließlich einer Hasstirade gegen Wagner zu instrumentalisieren. Wäre Wagner 1933 die Flucht nicht gelungen, so Beaufort laut Schotts Erinnerungen, »wäre ein Volksverräter weniger auf der Welt.«⁶² Dieses Beispiel zeigt eine mitunter enge Verzahnung persönlicher Motive mit der neuen Staatsdoktrin, die vielfach in vorseilenden Gehorsam mündete, der dem staatlichen Handeln nicht nur vorgriff, sondern eben hierdurch der »nationalen Erhebung« vielfach ihre gesellschaftliche Tragfähigkeit verliet.

Der Aufbau einer neuen Existenz in Frankreich gestaltete sich für die meisten Emigranten schwierig. Dies hing zum einen mit den oftmals überstürzten Umständen der Flucht zusammen, die nur das Mitführen des Allerwenigsten ermöglichten, zum anderen jedoch auch mit den Bestimmungen der Aufnahmeländer. Ein Quotensystem für Ausländer, das noch aus dem Jahr 1932 stammte, reglementierte den französischen Arbeitsmarkt, um die Verdrängung französischer Arbeitskräfte durch ausländische zu verhindern. In der von den Folgen der Weltwirtschaftskrise ergriffenen Wirtschaft des Landes wurden Ausländern lediglich Anstellungen in der Landwirtschaft in größerer Zahl gewährt. Eine Verschärfung der Berufszugangsvoraussetzungen erfolgte für Mediziner, Juristen, Handwerker und künstlerische Berufe 1936, für Gewerbetrei-

60 Ebd., Schreiben des Vorsitzenden des Ludwigshafener Rechtsanwaltsvereins, Adolf Beaufort, an Wagner, 30.4.1933.

61 Ebd., Schreiben Wagner an den Vorsitzenden des Ludwigshafener Rechtsanwaltsvereins, Adolf Beaufort, 5.5.1933.

62 Ebd., Nr. 49, Fritz Schott an Wagner, 22.4.1947. Zu Schott und den Widerstandsaktionen, die zum Prozess führten vgl. Braun (1986), S. 134-139.

bende 1938. Hatte ein Ausländer einen potenziellen Arbeitgeber gefunden, so war die Genehmigung durch das Arbeits- bzw. Landwirtschaftsministerium einzuholen, die wiederum neben einem Gesundheitszeugnis vor allem eine Aufenthaltsgenehmigung, oder zumindest ein Récépissé eines Antrags auf eine Carte d'Identité, voraussetzte. Doch das Récépissé war nur durch den Nachweis eines Arbeitsverhältnisses zu erlangen. Das Zusammenspiel von Quotensystem und bürokratischen Anforderungen setzte einen Circulus vitiosus in Gang, der die ökonomischen Kalamitäten der Emigranten zementierte und die zahlreichen Unterstützungskomitees zur Überlebenshilfe werden ließ.⁶³

Georg Reinbold, Leiter des sozialdemokratischen Grenzsekretariats Südwest, das zuerst in Straßburg, kurzzeitig im Saargebiet und ab März 1935 in Luxemburg ansässig war, berichtete an die Parteileitung nach Prag Ende 1934 von seinen Erfahrungen und Eindrücken:

»Keiner [der Emigranten] hat bis jetzt eine ordentliche Aufenthaltskarte erhalten. Die Polizei geht mit Energie dahinter, dass sich die Emigranten in das Innere Frankreichs begeben. Zwangsläufige Abführungen sind schon vorgekommen. Die Aufenthaltsgenehmigungen sind alle auf 31. Dezember befristet. [...] Im Innern Frankreichs bekommen die Emigranten auch keine Arbeitserlaubnis [...]. [...] Ein Geschäft anzufangen ist auch fast unmöglich.«⁶⁴

Auch Wagner, der immerhin Möbel und Hausrat nach Frankreich hatte retten können, fand sich nach den Jahren als Inhaber einer prosperierenden Anwaltskanzlei in dieser Lage wieder. Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Exilanten berichtete er: »Wir haben dort von der Hand in den Mund gelebt, z. T. in den allerbescheidensten Verhältnissen, jahrelang sogar als Arbeitslose.«⁶⁵ Diese Feststellung trifft auch auf Wagner selbst zu, der bis zur Jahresmitte 1934 arbeitslos war und »nur durch von Deutschland herübergeschmuggelte Gelder«⁶⁶ leben konnte. Seine Schwester Emma gewährte ihm schließlich ein Darlehen über 30.000 RM, das er zur Gründung einer Strickwarenfabrik nutzte. Der wirtschaftliche Erfolg indes war ihm nicht beschieden, das geliehene und investierte Geld verloren. Dennoch unternahm Wagner einen zweiten Versuch als Unternehmer, der offenbar einen besseren Verlauf nahm. Zumindest bis 1937 betrieb er dieses Geschäft namens »Tricotrobe S. a.R.1.« in Schiltigheim bei Straßburg noch, ehe er es mit einem solchen Gewinn veräußern konnte, dass die Fa-

63 Vgl. Schramm (1977), S. 195 f., Badia (1979), S. 31-34, Vormeier (1998), S. 217 ff.

64 AdsD, Bestand Sopade, Mappe 90, Georg Reinbold (Schwarz) an Sopade, 7.12.1933. Vgl. auch Buchholz und Rother (1995), Anhangdokument Nr. 6, Bericht Siegmund Crummenerl über seine Westreise vom 22. Februar bis 29. März 1934, S. 427-435, hier S. 432 f.

65 StALu, N 25, Nr. 51, Schreiben Wagner an Regierungsbezirksamt für Wiedergutmachung und verwaltete Vermögen, 16.10.1954.

66 Vgl. ebd., Schreiben Wagner an das Amt für Wiedergutmachung, 16.5.1951.

milie in den folgenden Jahren davon zehren konnte.⁶⁷ Abnehmer der produzierten Strickkleider war unter anderem die Frau von Ernst Roth, dem ehemaligen Mannheimer sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, der sich mangels einer Arbeitserlaubnis diverser Tätigkeiten verdingen musste.⁶⁸ Auf dieses Unternehmen verwandte Wagner jedoch nur zwei bis drei Tage in der Woche und widmete sich in der übrigen Zeit der Arbeit in politischen und sozialen Emigrantenkomitees.⁶⁹ »Bescheidene aber ausreichende Gehälter«⁷⁰ wurden den Mitgliedern des Comité Consultatif gezahlt, dem Wagner seit August 1937 angehörte.

Zunächst jedoch betrieb Wagner erneut eine juristische Kanzlei. Noch 1933 hatte er in Straßburg ein internationales Anwaltsbüro eröffnet, in dem er Emigranten in jenen Rechtsfragen beriet, die sich aus Flucht und Verfolgung ergaben. Der Vorsitzende der Pariser SPD-Gruppe und Schatzmeister des Matteotti-Komitees, Gerhard Kreyszig, sprach von einer »Durchgangsstelle [...] (mit kaum welchen Geldmitteln)«⁷¹, die neben einer weiteren Einrichtung in Metz die einzige ihrer Art außerhalb von Paris gewesen sei. Neben den Themen Treuhänderschaft und Vermögensverwaltung stand vor allen Dingen die Rechtsberatung der Flüchtlinge in Aufenthaltsangelegenheiten im Vordergrund, die eng mit der internationalen Wahrnehmung des Flüchtlingsproblems zusammenhing. In der französischen Übersetzung firmierte Wagners Anwaltsbüro, die »Rechtsstelle für deutsche Flüchtlinge«, als »Service juridique et social pour les réfugiés allemands«, dessen Name bereits die fließenden Grenzen zwischen juristischer Beratungsstelle und sozialer Fürsorgeeinrichtung andeutet. In Straßburg betrieb Wagner eine *Dependance* der in Paris angesiedelten Einrichtung.⁷²

Die Tätigkeit des *Service juridique* ist eng mit der beinahe gleichzeitig einsetzenden Arbeit der Deutschen Liga für Menschenrechte in Frankreich sowie der Französischen Liga verbunden, die den *Service juridique* ins Leben gerufen hatte.⁷³ Die Kontinuitäten zur Weimarer Republik sind nicht zu übersehen. Die republikanische Beschwerdestelle, deren pfälzische Gebietsleitung Wagner oblag, wurde von dem deutschen Publizisten und Emigranten Alfred Falk geleitet. Falk war es auch, der als Vizepräsident der im Sommer 1933 erfolgten Gründung der Straßburger Sektion

67 Ebd., Nr. 36, Abschrift Gestapo Kehl an Gestapo Karlsruhe, 19.5.1936, ebd. Nr. 51, Schreiben Wagner an das Amt für Wiedergutmachung, 16.5.1951 sowie AdsD, Bestand Sopade, Mappe 94, Georg Reinbold (Schwarz) an Sopade, 2.5.1937.

68 Vgl. Schumacher (1994), S. 406, Anm. 2.

69 Vgl. AdsD, Bestand Sopade, Mappe 94, Georg Reinbold (Schwarz) an Sopade, 2.5.1937.

70 PWJA/KR/1, Schreiben Konrad Reisner an Frithjof Trapp, 20.7.1987.

71 AdsD, Bestand Sopade, Mappe 124, Gerhard Kreyszig an Sopade, 28.12.1933.

72 Zur Übereinstimmung von »Rechtsstelle« und »Service juridique« vgl. PWJA/PWJ/V/a) 260, Auflistung Hilfsorganisationen in Paris sowie Buchholz und Rother (1995), Nr. 116, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 29. Juni 1938, S. 244-247, hier S. 247.

73 Vgl. PWJA/KR/1, Schreiben Konrad Reisner an Frithjof Trapp, 15.5.1987. Vgl. ferner Brenner (2001), S. 149.

der Deutschen Liga unter dem Vorsitz von Gustave H. Sussieck amtierte.⁷⁴ Neben Prag und Paris, wo Hellmut von Gerlach, Konrad Reisner und Emil J. Gumbel die Leitung übernommen hatten, war damit die dritte Sektion der Deutschen Liga im Exil entstanden. Neben dieser zeitlichen Koinzidenz der beiden Gründungen lässt sich auch eine enge Kooperation beobachten. Während sich die französische Liga, die für die kleinen deutschen Sektionen taktgebend war, ihrer Popularität in liberalen und sozialistischen Kreisen Frankreichs zu öffentlichkeitswirksamen Aufrufen bediente, betrieb die nur in Emigrantenkreisen beachtete Rechtsstelle ihr Kerngeschäft.⁷⁵ Der Service juridique, 1937 als »eine der längsten bestehenden Hilfsstellen für Emigranten überhaupt«⁷⁶ in Frankreich bezeichnet, wurde über die französische wie die deutsche Sektion der Liga in die Flüchtlingsarbeit integriert.⁷⁷ Seine Finanzierung erfolgte in den ersten Monaten seines Bestehens maßgeblich durch von der Liga organisierte Sammelaktionen. Ende 1933 zog der Präsident der französischen Liga, Victor Basch, das Resümee einer Spendenaktion, wonach insgesamt 67.000 Francs zusammenkamen. Der Service juridique allein erhielt hiervon 22.000 Francs gegenüber 8.000 Francs zur direkten materiellen Hilfe für die Emigranten.⁷⁸ Die Rechtsberatung nahm demnach einen hohen Stellenwert innerhalb des von der Liga unterstützten Tätigkeitsbereichs ein, der im Laufe der Jahre noch gesteigert wurde.⁷⁹ In werktäglichen Sprechstunden stand der Service juridique den Emigranten als Beratungsstelle zur Erlangung einer Carte d'Identité oder einer Arbeitserlaubnis samt dazugehöriger Übernahme des Schriftwechsels mit den französischen Behörden kostenlos zur Verfügung. Aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktlage und -gesetzgebung verstand sich die Rechtsstelle zudem als Stellenbörse und bot für einzelne Berufsgruppen wie etwa Juristen, Ärzte, Kaufleute, Studenten, Journalisten oder Künstler Beratungsgespräche an.⁸⁰ Die Beschränkung des Angebots auf diese reinen Beratungstätigkeiten

74 Vgl. Bock (1998), S. 76 sowie Omnès (1984), S. 66. Offenbar herrschte über die Straßburger Sektionsgründung Verwirrung aufseiten des ansonsten gut unterrichteten Pariser Tageblatts, das über eine Gründungsversammlung im Juni 1934 berichtete. Vgl. Pariser Tageblatt, 2. Jg., Nr. 203 vom 3.7.1934, Deutsche Liga für Menschenrechte, Section de Strassbourg sowie Pariser Tageblatt, 2. Jg., Nr. 221 vom 21.7.1934, Liga für Menschenrechte (Straßburg).

75 Die aus der Weimarer Republik ins Exil geretteten Ligastrukturen wurden letztmalig in der Osietzky-Kampagne mobilisiert. Vgl. Bock (1998), S. 80 f. Die Arbeit der französischen Liga, im Zusammenhang mit der Roten Hilfe und der französischen Sozialistischen Partei zeichnet Omnès (1984) nach. Die Stärke der Liga für Menschenrechte in Frankreich war zwar nicht der einzige, jedoch ein Grund für das Scheitern der Gründung der Internationalen Gesellschaft zur Rettung der Demokratie, die von der Sopade im Juni 1933 angestrebt wurde. Vgl. Langkau-Alex (2004a), S. 122-126.

76 Pariser Tageszeitung, 2. Jg., Nr. 424 vom 11.8.1937, Der Flüchtlingsstrom geht weiter.

77 Vgl. Pariser Tageblatt, 1. Jg., Nr. 20 vom 31.12.1933, Empfang bei der französischen Liga für Menschenrechte.

78 Vgl. Omnès (1984), S. 76.

79 Vgl. Pariser Tageszeitung, 2. Jg., Nr. 424 vom 11.8.1937, Der Flüchtlingsstrom geht weiter.

80 Vgl. Pariser Tageblatt, 1. Jg., Nr. 18 vom 29.12.1933, Wo man Hilfe findet.

dürfte dem allgemeinen Trend entsprechen, der die Hilfsorganisationen vor – zum Teil unüberwindliche – Finanzprobleme stellte. Wohl seit dem Umzug der Sopade von Prag nach Paris im Frühjahr 1938 konnte sich der Service juridique jedoch eines neuen Auftrag- und Geldgebers erfreuen. Die an den Parteivorstand herangetragenen Anliegen in Aufenthalts- und Asylrechtsfragen überwies dieser zur weiteren Bearbeitung an den Service juridique. Dafür konnte Wagner beim Parteivorstand einen monatlichen Zuschuss von 500 Francs reklamieren, der gerade zu einer Zeit, als das gerettete Parteivermögen mehr oder weniger aufgebraucht war, die Notwendigkeit einer Beratungsstelle belegt.⁸¹

Eine Straftat, die im Dezember 1933 verübt wurde, belegt, dass nicht nur den Emigranten selbst und den zugehörigen Organisationen die Dienstleistungen der Rechtsstelle bekannt, sondern auch den Machthabern im NS-Staat nicht verborgen geblieben waren. Die Ausforschung von Wagners Aufenthaltsort und Tätigkeiten im Exil wurde bereits hinsichtlich des Entzugs der Anwaltslizenz angerissen, und auch in den folgenden Jahren wurde ihm nachgespürt. »Nach neueren Mitteilungen«⁸² konnte 1935 das Bürgermeisteramt Ludwigshafen von Wagners Rechtsberatung in Kenntnis gesetzt werden, doch scheint zumindest einer anderen deutschen Stelle diese Tätigkeit bereits länger bekannt gewesen zu sein. In der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 1933 wurde in Straßburg »in das Büro des deutschen Flüchtlingskomitees«⁸³, also Wagners Rechtsstelle, eingebrochen. Die Einbrecher durchsuchten – wohl ohne Erfolg – das ganze Büro, offensichtlich auf der Jagd nach Dokumenten, die Aufschluss über die betreuten Emigranten und deren Verbindungen geben konnten. Bargeld und Schecks hingegen entwendeten die Delinquenten nicht, obwohl sie diese bei ihrer Durchsuchungsaktion der Büromöbel gefunden haben mussten. Es müsse sich daher um »politische Verbrecher« gehandelt haben, folgerte das Pariser Tageblatt und führte zugleich einige Hinweise auf deren Herkunft an. Das in der hastigen Flucht vor der alarmierten Polizei zurückgelassene Werkzeug wie auch eine Tränengaspistole waren neu und deutschen Fabrikats. Aufgedeckte Spionagefälle, Entführungen wie die von Berthold Jacob oder der Attentatsversuch auf Max Braun sind hinreichende Belege für den grenzübergreifenden Aktionsradius der auch dieses Verbrechens verdächtigen Gestapo.⁸⁴

Die französische Wirtschaft litt unter hoher Arbeitslosigkeit, die, im Zusammenspiel mit den Wiederhall findenden Warnrufen vor der fünften Kolonne Hitlers, die

81 Vgl. Buchholz und Rother (1995), Nr. 116, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 29. Juni 1938, S. 244-247, hier S. 247 sowie ebd., Nr. 153 Protokoll der Parteivorstandssitzung am 29. Juni 1939, S. 386-390, hier S. 390.

82 StALu, N 25, Nr. 36, Schreiben Regierung der Pfalz an Bürgermeisteramt Ludwigshafen, 25.3.1935.

83 Pariser Tageblatt, 1. Jg. Nr. 3 vom 14.12.1933, Einbruch in Flüchtlingsbüro. Hieraus auch das Folgende.

84 Vgl. Paul (1998), S. 51 f.

französische konservative Regierung zu einer Verschärfung der Aufenthaltsregelung veranlasste. Im Februar 1935 beschloss das Parlament, die Gültigkeit der Carte d'Identité auf das diese ausstellende Departement zu beschränken und somit den Wohnortwechsel innerhalb Frankreichs von einer staatlichen Genehmigung abhängig zu machen. Ferner wurde die Carte d'Identité für ausländische Arbeitnehmer an die Dauer des Arbeitsvertrages gebunden. Lief dieser aus, mussten die Emigranten eine neue Aufenthaltsgenehmigung beantragen und unterlagen bei diesem Verfahren den scharfen Prüfungen der Präfekten, denen die Mittel der Ausweisung (Expulsion) und Abschiebung (Refoulement) missliebiger Ausländer zur Verfügung standen.⁸⁵

Die Verschärfung der Aufenthaltsregelung wurde durch die in den Flüchtlingskommissar gesetzten – und enttäuschten – Hoffnungen befördert. MacDonald war es weder gelungen, andere Staaten dazu zu bewegen, Emigranten in größerem Ausmaß aufzunehmen, noch eine internationale, rechtlich sanktionierte Anerkennung der Hitler-Flüchtlinge durchzusetzen. MacDonald demissionierte Ende 1935, konnte »nicht schweigen«⁸⁶ und fasste seine Resignation in bittere Worte: »Wenn die innere Politik Hunderttausende menschlicher Wesen mit Demoralisierung und Exil bedroht, dann müssen Erwägungen der diplomatischen Korrektheit zurücktreten hinter Erwägungen der einfachen Menschlichkeit.«

Vor diesem Hintergrund stellte sich die Situation der Emigranten in Frankreich als zunehmend problematisch dar. Ein Mitarbeiter des Comité Allemand⁸⁷ bezifferte im Sommer 1935 die Zahl der Unterstützung benötigenden Emigranten auf 3.000 und zeichnete zudem ein Bild ihrer Lage, das wenig Anlass zu Optimismus gab. Kleingewerbetreibende in traditionellen Handwerksberufen stünden neben jenen, die mit Alltagsgegenständen Handel trieben und hausieren gingen, »intelligente Vertreter«⁸⁸ setzten spezielle Produkte mit Erfolg ab, wie auch Bettelerei ein verbreitetes Phänomen geworden sei. Auch den wenigen Emigranten, die nicht bar jeder Mittel bereits bei ihrer Ankunft in Frankreich waren und in die Errichtung eigener Unternehmen investierten, gelang selten deren dauerhafte und tragfähige Etablierung im französischen Wirtschaftsleben.⁸⁹ Wagners – zweite – Strickwarenfabrik scheint vor diesem Hintergrund insoweit eine erfolgreiche Unternehmung gewesen zu sein, als sie zur Sicherung des Lebensunterhalts einer fünfköpfigen Familie ausreichte.

85 Vgl. Schramm (1977), S. 181-200 sowie Fabian (1981).

86 Pariser Tageblatt, 4. Jg. Nr. 751 vom 2.1.1936, Der Völkerbund muss eingreifen!

87 Beim Comité Allemand. Office de renseignement pour les émigrés et réfugiés allemand handelte es sich um eine Art Pendant zum Comité National. Während das Comité National von internationalen jüdischen Organisationen und reichen französischen Einzelpersonen finanziert wurde, sollte das Comité Allemand Gelder von deutschen Unterstützern eintreiben. Vgl. Pariser Tageblatt, 3. Jg., Nr. 469 vom 26.3.1935, 3.000 brauchen noch Hilfe! sowie BAB, R 8016/1, Comité Allemand.

88 Pariser Tageblatt, 3. Jg., Nr. 469 vom 26.3.1935, 3.000 brauchen noch Hilfe!

89 Vgl. ebd., Nr. 475 vom 1.4.1935, Sorgen der Emigration sowie den die Lage der Emigranten zusammenfassenden Bericht des Hohen Kommissars für das Flüchtlingswesen in ANP, F 7, 14823, Rapport du Haut Commissariat pour les réfugiés, September 1934.

3 Widerstand aus dem Exil

Die Tätigkeiten der aus weltanschaulichen Gründen Emigrierten hatten in der Regel – zumindest was Angehörige der politischen Linken betrifft – einen Bezug zu ihren Parteien oder Gruppierungen. Der innerhalb des SPD-Vorstandes ausgetragene Streit über dessen Verlegung ins Exil offenbarte die Uneinigkeit der Parteispitze hinsichtlich der Frage, wie die Partei vor der Zerschlagung gerettet werden sollte.⁹⁰ Eine Berliner Minderheit um Paul Löbe und Max Westphal versuchte den Umzug des Vorstands ins Ausland zu verhindern und entschied sich auch persönlich gegen den Gang ins Exil, scheiterte jedoch mit ihrem Kurs des Wohlgefallens, der in der Zustimmung zur außenpolitischen Rede Hitlers im Reichstag am 17. Mai gipfelte. Diese Auseinandersetzung wurde von den Erfahrungen der Bismarck'schen Verbotszeit beeinflusst, die als Blaupause für die aktuellen und erwarteten Repressionen diente. Der hieraus resultierende Bruch der Parteiführung war also taktischen Motiven geschuldet, die auch durch den personellen Kompromiss der Reichskonferenz vom 27. April 1933 nicht überdeckt werden konnten. Die Wahl von Erich Ollenhauer, seit 1928 Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend, Erich Rinner und Paul Hertz als Vertreter der Jugend deutet die generationelle Dimension dieses Konflikts an, der sich bereits im Kampf um die Weimarer Republik abgezeichnet hatte.⁹¹

Obwohl auch die Mehrheit des Prager Büros dem reformistischen Flügel angehörte, wurden zunächst radikalere Losungen propagiert, die zwar eine gewisse Beweglichkeit gegenüber sozialistischen Gruppen zumindest bis 1935/36 dokumentieren, jedoch auch als Profilierung gegenüber der KPD zu verstehen sind.⁹² Allerdings war der Erfolg dieser neuen Linie eher bescheiden, da die Sopade im Verständnis von Kreisen wie Neu Beginnen nicht als programmatischer Pulsgeber wahrgenommen wurde.⁹³ Im Manifest »Zerbrecht die Ketten«⁹⁴, das die erste Ausgabe des Neuen Vorwärts einleitete, wurden »*die Enteignung der Großkapitalisten und Großagrarien*« sowie der »*planmäßige[...] Umbau der kapitalistischen Wirtschaft zu einer sozialistischen*« gefordert, denn: »*Es gibt keine wahre Demokratie ohne die Herrschaft der Arbeiterklasse! Es gibt keine wahre Demokratie ohne den Sozialismus!*« Zugleich wurde, vorsichtig Bereitschaft zur Selbstkritik signalisierend, die Distanz zu den Kommunisten gewahrt:

»Man mag über die Fehler der sozialdemokratischen Politik so hart urteilen, wie man will – wir betrachten es nicht als unsere Aufgabe sie abzustreiten – so bleibt

⁹⁰ Vgl. Geis (1982), Dok. F 1a, Diskussion in verschiedenen sozialdemokratischen Gremien zum Konflikt zwischen Exilführung in Prag und Restvorstand in Berlin im Juni 1933, S. 558-563.

⁹¹ Vgl. Edinger (1960), S. 21-30.

⁹² Vgl. Langkau-Alex (1988), S. 67-70 sowie Langkau-Alex (2004a), S. 122.

⁹³ Vgl. Cartarius (1990), S. 51.

⁹⁴ Neuer Vorwärts, 1. Jg., Nr. 1 vom 18.6.1933, Zerbrecht die Ketten, Hervorhebungen im Original.

doch die Tatsache bestehen, dass *der Kommunismus ein einziges Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse* und ein furchtbares Verhängnis für sie gewesen ist. Der Kommunismus hat den parlamentarischen Einfluss der Arbeiterbewegung gelähmt, er hat den Kampf um die Unorganisierten und Indifferenten erschwert, die Gewerkschaften geschwächt, das Spiel der Reaktion erleichtert.«

Reflexionen über die Niederlage gegen die Nationalsozialisten, Überprüfung des eigenen Standpunkts oder Kritik an dem eingeschlagenen Weg blieben zwar auch in den Reihen des Parteivorstands nicht aus, beförderten jedoch vielmehr Absplitterungen am linken Rand als Kurskorrekturen.⁹⁵ Die SPD – ebenso die KPD – blieb im Exil allen programmatischen Verlautbarungen zum Trotz⁹⁶ in einem hohen Maße den Weimarer Erfahrungen verhaftet, deren latente Abwehrhaltungen und Grabenkämpfe ein gemeinsames und dauerhaftes Bündnis mit den Linksparteien gegen den nationalsozialistischen Gegner verhinderten.⁹⁷ Diese Feststellung darf freilich nicht über die Initiativen einzelner Persönlichkeiten hinwegtäuschen, die der politischen Emigration ihre eigene, regional- beziehungsweise landesspezifische Dynamik verliehen.

Der im Zuge der Auflösung des Comité de secours aux réfugiés allemands Paris gen Prag verlassende Siegfried Aufhäuser war das einzige Mitglied des Parteivorstandes im französischen Exil, wodurch die Sozialdemokraten zwar zahlreich und mit zum Teil prominenten Parteimitgliedern wie Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding in Frankreich Zuflucht gefunden hatten, jedoch bis zum Umzug des Sopade-Büros nach Paris im Jahre 1938 ohne ein offizielles Vorstandsmitglied blieben. Die Führung der Partei wurde in Prag organisiert, hier entstanden auch mit den von Erich Rinner verfassten grünen Deutschland-Berichten, der von Paul Hertz herausgegebenen Sozialistischen Aktion und dem unter der Chefredaktion von Friedrich Stampfer und Curt Geyer stehenden Neuen Vorwärts die maßgeblichen Exilpublikationen. Frankreich war also ein wichtiges Asylland der Hitler-Flüchtlinge, Paris Metropole und Zentrum der Emigration, der Kopf der Partei indessen saß an Deutschlands Ostgrenze. Diese Konstellation sollte für das Verhältnis der SPD zu ihrer französischen Schwesterpartei, der SFIO, folgenreich sein. Vielmehr jedoch entwickelten Teile der nach Frankreich emigrierten Sozialdemokraten eigene Initiativen, die nur schwer mit

95 Prominente Fälle waren Paul Hertz, Siegfried Aufhäuser, Siegfried und Karl Böchel. Die Problematik kann an dieser Stelle nicht wiedergegeben werden, sie ist ohnehin gut dokumentiert und aufgearbeitet. Vgl. kritisch zu Haltung und Erfolgen der Sopade insgesamt Edinger (1960) und zu diesem Röder (1987), S. 30. Die Konflikte können auch anhand der Sopade-Protokolle nachvollzogen werden. Vgl. Buchholz und Rother (1995) mit weiterführenden Literaturhinweisen in der Einleitung.

96 Vgl. hierzu insbesondere das Prager Manifest in: Neuer Vorwärts, 2. Jg., Nr. 33 vom 28.1.1934, Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus.

97 Vgl. Mühlen (1990), S. 22.

dem Prager Kurs vereinbar waren. Doch zunächst, 1933, musste sich die Partei auch in Frankreich als Exilpartei sortieren und neue Strukturen aufbauen.⁹⁸

Mit der Etablierung von Grenzsekretariaten, deren Sekretäre in engem Kontakt mit der Sopade standen, wurde ein Netz von sozialdemokratischen Stützpunkten errichtet, die mit den ihnen auf dem Reichsgebiet gegenüberliegenden Regionen in Verbindung gelangen respektive bleiben sollten. Diese ersten Reorganisationsbemühungen übersetzten die Weimarer Parteistrukturen ins Exil und waren bewusst als deren Fortführung konzipiert. Über ein System von Kurieren und Zuträgern gelangten einerseits Informationen aus dem Reich, die als Grundlage der Deutschland-Berichte zur Unterrichtung der Staatenwelt über die Zustände im NS-Staat dienten, andererseits wurden Flugblätter, Zeitschriften und Klebezettel zur Unterstützung der Genossen nach Deutschland geschmuggelt.⁹⁹ In Straßburg wurde das Grenzsekretariat Südwest unter der Leitung des ehemaligen Parteivorsitzenden der badischen SPD, Georg Reinbold, eingerichtet.¹⁰⁰ Reinbold und Wagner dürften sich noch aus den Tagen der Weimarer Republik gekannt haben, da der Sitz der badischen Parteileitung in Mannheim war und Reinbold überdies stellvertretender Vorsitzender des Gaus Baden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold war. Ähnlich wie Wagner, entging auch Reinbold knapp seiner Festnahme durch die Nationalsozialisten im März 1933. Nach kurzer Station in Saarbrücken machte sich Reinbold bald daran, das Grenzsekretariat zunächst in Straßburg aufzubauen.

Die erste Meldung an die Prager Parteileitung machte Reinbold bereits im Juni 1933 und gab den bisherigen Aufbau von fünf Posten entlang der südwestdeutschen Grenze bekannt.¹⁰¹ Seinen Mitarbeiterstab rekrutierte er aus bekannten und loyalen pfälzischen Genossen, nachdem ihm die angeforderte Unterstützung durch Franz Bögler wegen dessen eigener Tätigkeit als Grenzsekretär in Trautenau versagt blieb. Die beiden Pirmasenser Adolf Ludwig, bis zum nationalsozialistischen Machtantritt Gewerkschaftssekretär und bayerischer Landtagsabgeordneter, Fritz Volkemer, SAJ-Funktionär, und Wagner standen fortan im Dienst des Grenzsekretärs.¹⁰² Jedoch scheint Wagner diese Aufgabe nicht allzu lange wahrgenommen zu haben, da er in

98 Vgl. die Einleitung bei Buchholz und Rother (1995) sowie Langkau-Alex (1981), S. 194-196.

99 Vgl. Steinbach (1990), S. 592 f.

100 Zu Reinbold vgl. Braun (1984). In diesem Porträt fehlt allerdings der Hinweis darauf, dass Reinbold antisemitische Ansichten vertrat, was insbesondere im Zusammenhang mit seiner Emigration und Tätigkeit als Grenzsekretär brisant ist. Zu den antisemitischen Äußerungen vgl. Buchholz und Rother (1995), Nr. 64, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 29. Mai 1936, S. 154-156, hier S. 155, Anm. 7 sowie ebd. Nr. 107, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 24. Februar 1938, S. 220-225, hier S. 222, Anm. 8.

101 Vgl. AdsD, Bestand Sopade, Mappe 90, Georg Reinbold (Schwarz) an Sopade, 10.6.1933.

102 Vgl. Braun (1999), S. 521. Hartmeyer (1999) (S. 551) erinnerte sich vermutlich falsch, wenn er davon sprach, Wagner habe den Grenzabschnitt Weißenburg zugewiesen bekommen, da hier Volkemer Wohnung genommen hatte. Vgl. StALu, N 25, Nr. 37, Abschrift Anklageschrift Oberstes Landesgericht München gegen Oskar Tremmel u. a., S. 10.

einer Adressliste der Sopade von Ende 1935 – im Gegensatz zu Adolf Ludwig – nicht mehr als Mitarbeiter des Grenzsekretariats geführt wird. Vielmehr firmierte er unter der Rubrik »Sonstige wichtige Leute«¹⁰³, erreichbar durch Ludwig, Max Braun, Emil Kirschmann, Max Hoffmann, Frau Braun-Stratmann und Marie Juchacz. Der rasche Rückzug Wagners aus dem Grenzsekretariat wie auch dessen Mitarbeit an dieser Stelle sind allenfalls rudimentär nachvollziehbar. Während nachfolgend anhand der Verbindungen zu pfälzischen Sozialdemokraten Hinweise auf Wagners Einbindung in die Widerstandsarbeit gewonnen werden können, muss sein Ausscheiden aus Reinbolds Diensten offenbleiben. Die Sicherung des Auskommens mit der Strickwarenfabrik und die Arbeit für den Service juridique mögen zeitlich vereinnahmend gewesen sein, und auch die kurzen informellen Wege, die Wagner zu Reinbold in Straßburg pflegen konnte, vergrößerten sich spätestens seit dem Umzug des Grenzsekretariats nach Luxemburg 1935 immens. Möglicherweise haftete Wagners Beendigung der Tätigkeit für Reinbold auch eine politische Dimension an, da 1935 die ersten Initiativen zur Bildung einer Deutschen Volksfront gestartet wurden, an deren versuchter Errichtung sich Wagner gegen den offiziellen Prager Kurs, dem Reinbold Folge leistete, beteiligte.

Es gibt einige zentrale Themen, die Reinbold in seinen Berichten nach Prag immer wieder benannte. Auf die intransigente Haltung gegenüber Abweichlern des Sopade-Kurses wird an anderer Stelle zurückzukommen sein, zumal es sich hierbei nicht primär um eine organisatorische Frage handelte. Der eng gehaltene Finanzrahmen, in dem sich Reinbold bewegen musste, betraf die Arbeitsfähigkeit des Sekretariats, zu der neben dem Schmuggel von Druckschriften, die bezahlt werden mussten, zeitweilig auch die Unterstützung einiger Emigranten zählte. Er schlug daher einige harte Einschnitte vor, deren Wert jedoch vom Erfolg der in- und ausländischen Widerstandsarbeit abhing. Insofern behandelten die wichtigsten Punkte seiner Berichte die prekäre Finanzlage.¹⁰⁴

Bereits Ende 1933 echauffierte er sich über die Fraktionierungen des sozialdemokratischen innerdeutschen Widerstandes, die einer »organisatorischen, einheitlichen Bewegung gegen den Faschismus«¹⁰⁵ entgegenstünden. Auf die Rechberg-Gruppe rekurrierend, sprach hier offensichtlich der Organisator aus Reinbold, dem eine geeinte Widerstandsarbeit vorschwebte und der zudem aus seinen Abneigungen gegenüber Linksabweichlern keinen Hehl machte.¹⁰⁶

103 BAB, RY 1/I 2/3/391, Adressliste von SOPADE-Stellen, Linken, Katholiken etc. (aus Forbach erhalten), 4.12.1935.

104 Vgl. beispielsweise die ausführlichen Sparvorschläge Reinbolds an die Sopade, abgedruckt bei Geis (1982), Dok. F 7a, Vorschläge des Grenzsekretärs Reinbold (»Schwarz«) und Stellungnahme des Sopade-Vorstandes vom Januar 1935, S. 585-590.

105 AdsD, Bestand Sopade, Mappe 90, Georg Reinbold (Schwarz) an Sopade, 7.12.1933.

106 Vgl. ebd., Schwarz (Georg Reinbold) an Sopade, 14.8.1934. Zur Rechberg-Gruppe vgl. Braun (1994). Zu Reinbolds Einstellung gegenüber Sympathisanten von linken Kleingruppen vgl. auch Berghahn u. a. (1984), S. 137 f.

Anhand der Rechberg-Gruppe und einiger weniger Überlieferungen lässt sich die Arbeit des Grenzsekretariats und Wagners Beitrag rudimentär nachvollziehen.¹⁰⁷ Nachdem der Kontakt zu den Pfälzer Genossen vorrangig durch Heinrich Stützel, Robert Beyer und Friedrich Kirn wiederhergestellt war, wurde zunächst die Verteilung der Sopade-Druckschriften in Gang gebracht. Allein der Aufbau dieser Struktur dauerte bis November 1933. Derweil hatten sich auch die ersten Widerstandszirkel formiert, sodass nunmehr die vom Grenzsekretariat unterstützte Untergrundarbeit aufgenommen werden konnte. Die pfälzischen Widerstandsaktivisten Oskar Tremmel und Friedrich Kirn knüpften schließlich Kontakte zur im Raum Mannheim/Heidelberg agierenden Rechberg-Gruppe, deren Kopf der unter dem Pseudonym Rechberg auftretende Emil Henk war. Nach der Erweiterung dieses Kreises um Oppauer Genossen bestand somit eine im Rhein-Neckar-Raum agierende sozialdemokratische Widerstandsgruppierung mit Verbindungen nach Frankfurt am Main und Nürnberg, die Kontakt zum Grenzsekretariat unterhielt. Stützel fungierte als Vertrauensmann und arrangierte Aussprachen zwischen den inländischen Aktivisten und den Emigranten. Die Zusammenkünfte wurden in Straßburg bei Reinbold oder Wagner abgehalten. In einer ersten Einschätzung der Polizeidirektion Ludwigshafen wurde aufgrund dieser Kontakte vermutet, die Bildung des Widerstandskreises sei von Reinbold und Wagner nicht nur angeleitet, sondern sogar initiiert worden.¹⁰⁸

Das Treffen am Asselstein am 6. Mai 1934 wurde zum Symbol des sozialdemokratischen pfälzischen Widerstands. Als zufällige Übereinkunft einiger Wanderer getarnt, trafen sich 13 Männer aus dem Widerstandskreis und besprachen die zukünftige politische Arbeit, die in die Überführung der losen Zusammenarbeit in eine parteiartige Struktur münden sollte. Die Euphorie währte indessen nur kurz. Durch einen Denunzianten, dem, als vertraulich eingestuft, die Sozialistische Aktion weitergegeben wurde, erlangte die Gestapo Kenntnisse über das Widerstandsnetz. In mehreren Etappen vom Sommer bis zum Herbst rollte sie schließlich die illegale Organisation auf.

Von diesem Schlag konnten sich die pfälzischen Sozialdemokraten kaum mehr erholen. Zwar bestanden weiterhin einzelne Gruppen und auch die Verbindungen zu Reinbold und Wagner konnten gehalten werden, doch konnte sich keine Widerstandsgruppe dieses Umfangs mehr formieren.¹⁰⁹ Hinsichtlich der Arbeit des Grenzsekretariats und des Einflusses des Sopade-Kurses gibt die kurze Geschichte dieses Zirkels indes einige Aufschlüsse. Es ist bereits angesprochen worden, dass Reinbold fest zur Prager Linie stand, die jedoch von einigen Beteiligten des pfälzischen Wider-

107 Vgl. zu den folgenden Ausführungen StALu, N 25, Nr. 37, Abschrift Anklageschrift Oberstes Landesgericht München gegen Oskar Tremmel u. a. sowie Braun (1986), S. 126-139.

108 Vgl. BAB, R 58, 2063, Polizeidirektion Ludwigshafen an Bayerische Politische Polizei, 15.10.1934.

109 Reinbold war zunächst noch zuversichtlich und sprach von »genügend Ersatzmänner[n]«. AdsD, Bestand Sopade, Mappe 90, Schwarz (Georg Reinbold) an Sopade, 15.10.1934. Die Lagerberichte der Gestapo lieferten jedoch den gegenteiligen Befund. Vgl. BAB, R 58, 2063.

standes kritisiert wurde. Die Arbeit der kritischen Plattform Neu Beginnen etwa hatte Interesse erregt. Der linkssozialistische Rechberg betrachtete die Auslandsorganisation zwar als hilfreich für den Aufbau der eigenen illegalen Tätigkeit, hielt jedoch inhaltliche Distanz. Ohnehin kein SPD-Mitglied, galt sein Interesse vorrangig den Ressourcen, die das Grenzsekretariat zur Verfügung stellen konnte. Einige der Widerständler lehnten es gar ab, mit den Emigranten überhaupt zusammenzuarbeiten und bevorzugten die Bildung inländischer Strukturen ohne äußere Anleitung, also auch Einfluss.¹¹⁰ Vom 2. bis zum 4. Juni fand eine große Besprechung in Neunkirchen statt, an der Widerständler aus dem Reichsgebiet, Reinbold, Ludwig, Fritz Heine und unter anderem die Mitglieder des Parteivorstandes Dietrich, Hertz, Crummenerl und Sollmann teilnahmen. Gleichwohl Wagner bei dieser Konferenz fehlte, gibt ihr Verlauf doch Aufschluss über Ansichten der mit ihm in Verbindung Stehenden, zumal unterstellt werden darf, dass er über die Ergebnisse unterrichtet wurde. Mehrere Diskutanten brachten ungeschminkt ihren Unmut über die Prager Linie und das Verhältnis von In- und Auslandsarbeit zum Ausdruck, wie ein 30 Jahre alter Buchdrucker aus Karlsruhe: »Bei den meisten herrscht Ablehnung gegen die Emigranten. Als ich mitteile, dass ich zur Konferenz gehen wolle, hörte ich von vielen, was willst du da, da kommen doch nur die alten Bonzen hin.«¹¹¹

»Wir kommen über die Dinge: Prag, Bonzen, Emigration nicht so hinweg«, stellte auch ein Redner von der Rechberg-Gruppe, vermutlich Karl Neunreither, fest und forderte kritische Reflexionen über Versäumnisse der eigenen Partei: »Es geht nicht an, dass wir die Dinge totsichweigen, dadurch schaden wir nur der Bewegung. [...] Wir müssen uns fragen, warum ist das so gekommen.«¹¹²

Neben dieser Kritik an der »Erstarrung des sozialdemokratischen Denkens«¹¹³ hob Neunreither jedoch auch hervor, wie wichtig eine einigige Organisation sei. Entsprechend sekundierte Otto Calvi, der gleichen Gruppe angehörend:

»Wir müssen versuchen, Klarheit und Einheit zu schaffen und die neben uns bestehenden noch so vielen anderen Gruppen geistig und vielleicht organisatorisch zu erfassen. [...] Es muss zum mindesten möglich sein, dass die nicht kommunistischen Gruppen ein gemeinsames Kartell bilden, das der KPD abwartend gegen-

110 Vgl. StALu, N 25, Nr. 37, Abschrift Anklageschrift Oberstes Landesgericht München gegen Oskar Tremmel u. a., 5.2.1935.

111 Buchholz und Rother (1995), Anhangdokument Nr. 8, Bericht über die Neunkirchner Konferenz vom 2. bis 4. Juni 1934, S. 439-454, hier S. 441.

112 Vgl. ebd., S. 443.

113 Matthias (1960), S. 196, vgl. hierzu S. 196-202.

überstehen muss, das versuchen muss, ein Bündnis mit den Kommunisten zu erzielen.«¹¹⁴

Den größten Teil der Aussprache nahmen die angesprochenen Fragen in Anspruch und belegen, welcher Stellenwert ihnen beigemessen wurde. Letztlich überwog jedoch der Pragmatismus und ebnete den Weg zur Zusammenarbeit. Die im Reichsgebiet tätigen Aktivisten benötigten die Verbindung zu den emigrierten Genossen, da ein »Gesamtplan«¹¹⁵, so Rechberg, für den Widerstand in der innerdeutschen Illegalität fehle. Freilich blieb trotz dieser Einsicht die Kooperation nicht frei von Reibungspunkten. Insbesondere Reinbold galt, wohl wegen seiner politischen Ansichten, als problematisch. »Die aktiven und radikalen Genossen rebellieren gegen ihn als Verbindungsmann.«¹¹⁶

Wenngleich nicht feststellbar sein dürfte, ob, und wenn ja in welchem Maße, solche Bedenken eine Zusammenarbeit verhinderten, müssen die politischen Aktivitäten stets vor dem Hintergrund dieses tief greifenden Dissenses innerhalb der sozialistischen Bewegung gesehen werden. Die Zerschlagung des sozialdemokratischen pfälzischen Widerstandes spiegelt ferner den bereits durch die Verjüngung des Parteivorstands wahrgenommenen generationellen Aspekt wider. Zunächst liegt auf der Hand, dass der inländische Widerstand wegen der Emigration der Führungskader eine neue personelle Basis brauchte. Wie schon an der altersmäßigen Zusammensetzung der weltanschaulichen Flüchtlinge zu beobachten war, entschieden sich überdurchschnittlich viele junge NS-Gegner zur Emigration. Die geringen Anteile von Frauen, Verheirateten und höher Gebildeten deuten an, welche Faktoren das Mobilitätsniveau und mithin das Widerstandspotenzial ausmachten. Bei den pfälzischen Widerständlern ist Ähnliches zu beobachten. Die noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen gegen die NS-Gegner sind in diesem Fall eine bessere Datengrundlage als das Urteil, da das aufgestellte Verzeichnis einen größeren Personenkreis umfasst, dem zumindest zugetraut wurde, in die Aktivitäten involviert zu sein. Demnach lag das Durchschnittsalter dieses 36 Namen umfassenden Registers 1934 bei rund 30 Jahren.¹¹⁷ Die Ludwigshafener Polizei kam zu einem eindeutigen Schluss:

»Die bisher in der Pfalz festgestellten Führer sind keine alten Führer der SPD, es handelt sich vielmehr hier um eine neue und jüngere Führerschicht, die bis zur

114 Buchholz und Rother (1995), Anhangdokument Nr. 8, Bericht über die Neunkirchener Konferenz vom 2. bis 4. Juni 1934, S. 439-454, hier S. 444.

115 Zit. nach Berghahn u. a. (1984), S. 160.

116 AdsD, Bestand Sopade, Mappe 90, Rechberg an Lieber Genosse, 27.7.1934, S. 4.

117 Eigene Berechnung, vgl. BAB, R 58, 2063, Polizeidirektion Ludwigshafen an Bayerische Politische Polizei, 15.10.1934.

nationalsozialistischen Erhebung öffentlich kaum in Erscheinung getreten ist, dagegen innerhalb der Partei vielfach in Opposition zur Führung stand.«¹¹⁸

Dieser Befund wird durch den hohen Anteil an SAJ-Mitgliedern und deren Verbindung zu Berliner SAJ-Funktionären untermauert.¹¹⁹

Gemein ist dieser jüngeren Generation, dass sie die Traumata des Ersten Weltkrieges an der Heimatfront erfahren hat und diese relative Sicherheit zu einem Mangel umdeutete; zu einem Mangel an eigener Beteiligung, an eigenem Einsatz und womöglich auch eigenem Heldentum. Vor dem Hintergrund dieser altersbedingt verwehrt Chance vollzog sich die politische Sozialisation dieser Kriegsjugendgeneration in den krisengeschüttelten Jahren der Weimarer Republik, die wahlweise das Stigma des Dolchstoßes oder der verratenen Revolution und das schwarz-weiß-rote Banner des Nationalismus nicht abzulegen vermochte. Dieser – nach Mannheim – Generationszusammenhang wurde in Entsprechung zu den jeweiligen Milieus und Geisteshaltungen artikuliert und handlungsleitend. Die Kritik am eigenen, sozialdemokratischen, Parteivorstand noch in den Jahren der Republik wurde indessen von der Generation um Wagner, die ihren Aufstieg um 1930 vollzogen hatte, am wirkungsvollsten postuliert, die ihrerseits bemüht war, der SPD auch für die Jüngeren Attraktivität zu verleihen.¹²⁰ Insofern handelt es sich um jüngere Parteimitglieder, für die der Nationalsozialismus eine unüberwindliche Barriere des innerparteilichen Machtzuwachses und auch des Bedeutungsanstiegs im politischen Diskurs bedeutete – eine verhinderte Parteiführungsgeneration mithin. Was die Situation in Straßburg allerdings betraf, trat mit dem erzwungenen Umzug des 49-jährigen Georg Reinbold im Juli 1934 nach Saarbrücken und, nach der Saarabstimmung Anfang 1935, nach Luxemburg der wichtigste Anhänger des Sopade-Kurses von der Bildfläche ab.¹²¹

4 Organisation innerhalb und außerhalb der Partei

Aufbau und Umfang der Grenzsekretariate steckten zugleich die Leistungsfähigkeit dieser Einrichtungen ab. Sie waren als Schnittstellen zwischen den in Deutschland gebliebenen Sozialdemokraten und ihren emigrierten Genossen konzipiert und konnten keinesfalls die Struktur einer Exilpartei vorgeben – was im Übrigen auch nie intendiert war. Organisationsprobleme erwachsen der SPD nicht nur wegen ihrer internen

118 Vgl. ebd., Polizeidirektion Ludwigshafen an Bayerische Politische Polizei, 15.10.1934.

119 Ebd., Gestapa Berlin an Polizeidirektion Ludwigshafen, 15.11.1934. Hinsichtlich der Untergrundaktivitäten der Berliner SAJ wurde hier auch die Verjüngung des Parteivorstandes erwähnt. Vgl. hierzu auch Matthias (1960), Dokument Nr. 31, Der Berliner Jugendkonflikt vom April 1933, S. 242-250.

120 Vgl. Woyke (2005), S. 99 f.

121 Vgl. Braun (1984), S. 169.